



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/VIII/65 - 18.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Neue Sabotage-Organisation aufgedeckt	S. 1
Eisenhower wartet ab	S. 3
Strukturwandel der SPD	S. 5
Nachspiel zum Textilarbeiterstreik in Nordrhein-Westfalen	S. 6

Schon wieder Partisanen

(sp) Noch sind die Akten über den Technischen Dienst des BDI beim Oberbundesanwalt nicht abgelegt, da erscheint schon wieder eine neue Partisanenaffäre auf der Bildfläche. Diesmal sind Auftraggeber und Geldquelle sogar in nächster Nähe der Bundesregierung zu suchen. Eine führende deutsche Illustrierte veröffentlicht soeben eine Artikelserie "Partisanen für den Tag X", in der eine seit 1950 in der Bundesrepublik unabhängig von der Partisanenorganisation des BDI existierende Sabotagegruppe beschrieben wird, deren Aufbau und Gründung maßgeblich auf Funktionäre der CDU und der Jungen Union zurückgeht.

Die oberste Spitze der Sabotageorganisation soll angeblich ihren Sitz in der Nähe von Paris haben, während die deutsche Zentrale sich in einem Hotel in Remagen einquartiert hat und unter der Tarnbezeichnung "Gesellschaft zum Studium sozialen Fortschritts" auftritt. Geschäftsführer dieser "Gesellschaft" ist der Landesbeauftragte in Rheinland-Pfalz der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", einer getarnten Propagandaorganisation der Bundesregierung, Arnold Schmidt-Trappenberg.

Auch bei dieser neuen Geheimorganisation konnte festgestellt werden, daß sie sich mit der praktischen Vorbereitung auf den Tag X befaßt. Die Vorbereitungen bezogen sich einmal auf ausgesprochene Spreng- und Sabotageakte, Brückensprengungen usw. und

andererseits auf die Anlegung von Karteien und Listen politisch mißliebiger Personen, die laut Bericht einer Tageszeitung nach dem Willen eines der maßgeblichen Leute dieser Organisation, des ehemaligen SS-Sturmabführers und Angehörigen der deutschen Abwehr, Heinz Anders aus Braunschweig, in den Listen verzeichnet werden, "damit wir sie am gegebenen Zeitpunkt, am Tage X, umlegen können".

Dieser SS-Major ist, und so führt die Spur in die Nähe der Bundesregierung, über die Junge Union in Braunschweig von der Angehörigen des Deutschlandrates der Jungen Union in Bonn, Ursula Wilke, für diese Aufgaben mit der Versicherung geworben worden, es handele sich um einen Sonderauftrag der Bundesregierung. "Hinter dieser Organisation steht Bonn", hat auch Anders laut "Revue" erklärt. Später kam er mit Dr. Guido Bayer zusammen, der wiederholt als CDU-Redner aufgetreten ist. Bayer ist bei Dr. Limmer, dem Sekretär des Bundestagsabgeordneten Franz Josef Strauß anzutreffen, der in Bonn gleichzeitig ein gegen die Gewerkschaften und die SPD gerichtetes "Wirtschafts- und Sozialpolitisches Institut" betreibt.

Aus Tarnungsgründen ist dann in Remagen die "Gesellschaft zum Studium sozialen Fortschritts" entstanden, von wo aus auch die Finanzierung des Sabotageunternehmens erfolgt. Wie inzwischen festgestellt werden konnte, ist die Sekretärin von Schmidt-Trappenberg eine frühere Angestellte der CDU-CSU-Fraktion in Bonn.

Wie in den letzten Tagen bekanntgeworden ist, hat der Oberstaatsanwalt in Braunschweig ein Ermittlungsverfahren gegen Anders nach dem § 49 b StGB, dem sogenannten Femeiparagraphen, eingeleitet. Von Anders führten nämlich Spuren nach Oldenburg, wo bei einer Haussuchung bei dem ehemaligen BDF-Führer Dieter von Glahn eine umfangreiche Kartei mit Namen von "Verdächtigen" gefunden wurde.

Die neuen Tatsachen stellen die Zurückhaltung der Bundesregierung und die Tendenz zur Verharmlosung in der hessischen Partisanenaffäre in ein neues Licht. Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß dem Bundesamt für Verfassungsschutz die neue Partisanenorganisation ebenfalls seit langem bekannt sein muß. Daß unkontrollierbare Geheimorganisationen im tiefsten Frieden sich mit der Anfertigung von Liquidationslisten beschäftigen und dafür Geld erhalten, ist ein unmöglicher Zustand. Wenn sich jeder unter der Vorgabe, ein antikommunistischer Kämpfer zu sein, mit der "Liquidation" seines Nächsten befassen kann, ist das Bekenntnis zur Demokratie nicht einmal mehr ein Lippenbekenntnis sondern Heuchelei. Es ist der Anfang der Auflösung der demokratischen Ordnung in Deutschland. Es wird höchste Zeit, daß mit den Geheimorganisationen endlich und radikal Schluß gemacht wird!

Amerika nach dem Tode Stalins

H.St.-New York, Mitte März

Selten ist in kurzer Zeit auf so engem Raum in so großen Mengen so viel Unsinn gesagt, geschrieben, gedruckt und gelesen worden wie in der amerikanischen Presse, vor allem den populären Boulevardblättern, in der kurzen Woche von der Mitteilung der Erkrankung Stalins bis zur soliden Amtsübernahme der neuen Regierung Malenkow. Da die amtlichen Communiqués aus Moskau kurz und knapp waren und die in Moskau stationierten amerikanischen Zeitungskorrespondenten, nur noch ein knappes halbes Dutzend, ja stets ihre Berichte vorher der Zensur vorlegen müssen, verfügte man in den USA, wie auch überall sonst, über nicht sehr viele konkrete Informationen; aber statt das offen zuzugeben füllten eifrige amerikanische Kommentatoren Spalte um Spalte mit Gerüchten, Erwartungen, Kombinationen und mehr oder weniger fadenscheinigen Prophezeiungen.

Zur Ehre der Regierung Eisenhower muß gesagt werden, daß sie sich von dieser Epidemie billiger und auf keiner soliden Basis ruhender Prophezeiungen freigehalten hat. Eine hektische Woche lang haben im Weißen Hause die Kabinettsitzungen, Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates und Konferenzen des Präsidenten mit Generalstabschef und Außenminister kettengleich einander abgelöst; aber das war normales Vorsichtsverhalten einer Regierung, die ihre Verantwortungen kennt und erlaubt keinerlei böse Schlüsse. Staatssekretär Dulles hat auf einer Pressekonferenz das etwas großmogulhafte Wort geprägt: "Die Ära Stalin ist vorbei, die Ära Eisenhower beginnt"; aber wer, wie einige ungeduldige republikanische Zeitungen, daraus gefolgert hat, daß nunmehr die Initiative in Washington liegt und nicht mehr in Moskau, hat sich geirrt. Denn auch Eisenhower konnte nichts anderes tun, als zu warten, was aus dem Regimewechsel im Kreml entstehen wird, - und die bange Hauptfrage, ob dieser Personalwechsel die Friedensaussichten vermehrt oder verringert, kann auch kein Regierungsmann in Washington heute autoritativ beantworten.

Voreilige Hoffnungen, daß nunmehr die Satellitenstaaten reihenweise abfallen und das ganze Machtgebäude des Kreml in Schutt und Asche zusammensinken werden, haben sich freilich bisher noch nicht erfüllt - und heute macht sich auch kein Mensch mehr die Illusion, daß derartige Wunschträume über Nacht in Erfüllung geben können.

Eine bemerkenswerte Perspektive hat sich im Kreise der "Vereinten Nationen" aufgetan. In der Weltorganisation ist bekanntlich, vorwiegend auf amerikanischen Druck hin, noch immer die Tschiang-Kai-schek-Regierung von Formosa als "Regierung Chinas" vertreten und anerkannt. In den letzten Tagen sollen verschiedene durchaus "westlich" eingestellte Delegationen bei der UN (anscheinend vorwiegend lateinamerikanische und solche aus dem britischen Commonwealth) den Amerikanern nahegelegt haben, nunmehr mit Tschiang-Kai-schek zu brechen, Rotchina offiziell diplomatisch anzuerkennen und auch in die Weltorganisation aufzunehmen - denn jetzt, im kritischen Zeitpunkt des Überganges von der Stalin-Periode zur Malenkow-Periode, sei der günstige Augenblick da, zu versuchen, einen Keil zwischen Peking und Moskau zu treiben und chinesische Selbstständigkeitsregungen zu begünstigen. Die Amerikaner stehen freilich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, solange Rotchina praktisch Krieg gegen die Vereinten Nationen führt, in Korea nämlich, eine diplomatische Anerkennung nicht in Frage komme.

Gerade aber auch die Lage in Korea wird im Lichte des Moskauer Personalwechsels besonders akut. Der britische Außenminister Eden soll in Washington auf Dulles eingewirkt haben, im jetzigen Augenblick keine große militärische Offensive oder ähnliche Aktion in Korea zu unternehmen - weil man dann Gefahr laufen müßte, geradezu automatisch Rotchina wieder enger an Moskau zu fesseln und den Moskau-Peking-Block zu festigen statt zu schwächen. In Washington erhalten sich jedoch hartnäckig Gerüchte, die von einer bevorstehenden großen militärischen Offensive der amerikanischen und südkoreanischen Truppen sprechen. Es kann sich allerdings dabei sehr wohl um ein absichtlich in die Welt gesetztes Gerücht handeln, um die Gegenseite zu irritieren. Die Regierung schweibt sich aus und ist weder zu einem Dementi noch zu einer Bestätigung bereit.

Seit Eisenhowers Einzug im Weißen Hause ist der Wind, der aus Washington bläst, etwas schärfer und rauher geworden. Stalins Tod hat daran nichts geändert. Und mit diesem rauhen Wind wird man auch auf absehbare Zeit weiter rechnen müssen - sofern nicht Malenkow als erster mit einer milderem Tonart beginnt.

+ + +

Massenpartei und Außenseiter

- et - Die Stuttgarter Tonband-Affaire mit und um Prof. Carlo Schmid hat eine große süddeutsche Wochenzeitung zu einem beachtlichen, wenn auch etwas verspäteten Kommentar veranlaßt, der sich mit der gesellschaftspolitischen Seite der Angelegenheit befaßt. Das Blatt stellt die Frage nach dem Schicksal der "Outsider", der Außenseiter im politischen Leben unserer Zeit, dessen Prototyp sie in Carlo Schmid sieht, und glaubt die Sorge aussprechen zu müssen, daß der politische Unfall Carlo Schmid sich gegen den "Outsider" im parteipolitischen Leben überhaupt auswirken könne. Das aber würde wiederum, so meint das Blatt, die Schicht der Funktionäre in den deutschen Parteien verstärken und ihre Auflockerung eben durch die Außenseiter erschweren.

Die SPD konnte nach 1945, als Dr. Kurt Schumacher ihren Wiederaufbau in die Wege leitete, als einzige Partei - mit alleiniger Ausnahme der KP - auf den festen Kern ihrer alten Mitgliedschaft zurückgreifen. Gleichzeitig aber nahm die neue SPD auch viele Zehntausende von Menschen in sich auf, die unter dem revolutionären Eindruck der Zeit und der politischen Entwicklung insgesamt in dieser wiedererstandenen und doch auch neuen SPD ihre politische Heimat nach dem Kriege sahen. Nach der Terminologie des süddeutschen Blattes strömten also der SPD viele Zehntausende von "Outsiders" zu, die sich aus vielerlei Gründen angerufen fühlten.

Die Frankfurter Tagung der Sozialistischen Internationale hatte 1951 eine überaus beachtliche, aber offensichtlich zu wenig beachtete Aufgliederung der modernen Beweggründe für eine Mitgliedschaft in den neuen sozialistischen Parteien, also auch in der SPD, gegeben. Danach kennt der moderne Sozialismus drei Hauptgruppen von Mitgliedern: 1) die vom Marxismus kommenden, 2) die religiösen Sozialisten und 3) jene, die ihren Weg zum Sozialismus aus humanistischen Erkenntnissen finden. Schon diese Motiv-Darstellung läßt die nach 1945 eingetretene weiträumige Revolutionierung erkennen, die die bisherigen Vorstellungsgrenzen der sozialistischen Parteien sprengte.

Damit wurde automatisch aus dem Einzelbegriff - Außenseiter - fast eine Massenerscheinung. Dadurch ist aber der individuelle Wert des Außenseitertums, den das süddeutsche Blatt so berechtigt hervorhebt und dessen möglichen Verlust es so unberechtigt befürchtet,

keineswegs beeinträchtigt oder gar ausgelöscht worden. Die nach 1945 erfolgte Zusammenführung der alten sozialdemokratischen Kader mit den zahllosen neuen "Outsiders" hat sich unbestritten als äußerst fruchtbar für die neue SPD und für das ganze politische Leben Deutschlands erwiesen.

Aus der Summe solcher Erfahrungstatsachen gesehen, die natürlich Ausnahmen zulassen, erscheint aber nicht nur die Besorgnis als unbegründet, dem "Outsider" der politischen Parteien drohe insgesamt ein Schlag, der das Persönliche und die Persönlichkeiten sozusagen an die Wand drücken könnte. Abgesehen davon ist die ganze Gegenüberstellung von "frei gewachsenen" und "funktionsgebundenen" Menschen, nämlich von "Outsiders" und "Funktionären", willkürlich und irreführend. Man wird überall im Leben mit einem gewissen Traditionsballast von Ressentiments aller Art zu rechnen haben (also nicht etwa nur bei den politischen Parteien), dann aber wieder mit der vorwärtsdrängenden Kraft unserer Zeit. Beide Zustände und Strömungen fließen ineinander, eine schematische Abgrenzung ist nicht möglich. Natürlich läßt sich mit Worten wie "Outsider" und "Funktionär" trefflich streiten, aber der Kern der Dinge, um die es dabei geht, wird damit nicht berührt.

+ + +

Ist die Polizei zum Schlagen da ?

rw - Düsseldorf

Vor kurzem streikten im westfälischen Gebiet Nordrhein-Westfalens rund 23000 Textilarbeiter. Der Streik hatte mehrere Orte und Zentren der Textilindustrie erfaßt, unter anderem auch das kleine Städtchen Emsdetten. Mehrfach kam es während des Streikes zu Zwischenfällen zwischen den Streikenden und der Polizei. Gegen die Streikenden entfaltete das G_osetz zum Teil seine volle Gewalt. So ist es aufgrund einer Polizeianzeige zu einem Prozeß gegen Streikende in Emsdetten gekommen. Der Prozeß wird im einzelnen zu klären haben, wie es zu den Zwischenfällen kam und welche Rolle die Polizei dabei spielte.

Die Polizei hat angezeigt - aber hätte nicht auch sie angezeigt werden müssen ? Der Fall kann nicht auf sich beruhen bleiben. Er muß zu einer Überprüfung des Polizeiverhaltens und der Polizeianweisungen in Nordrhein-Westfalen führen. Polizisten können nicht ihre Aufgabe

darin sehen, bei Lohn- und Streikkonflikten sich als Parteigänger der einen Seite zu betrachten. Das fängt bei den verantwortlichen Polizeistellen an und hört beim einzelnen Polizeibeamten auf. Jede Polizeistufe muß sich neutral bei einer derartigen Auseinandersetzung verhalten. Sie hat lediglich die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen und Übergriffe von beiden Seiten zu verhindern. Sie kann aber nicht selbst Übergriffe veranlassen oder sich so verhalten, daß es unbedingt zu Zusammenstößen kommen muß.

Sicherlich ist es nicht leicht für die Polizei, bei der erregten Stimmung, die derartige Streiks kennzeichnet, ruhig und besonnen zu bleiben und keiner Seite Vorteile über die andere zu verschaffen. Das muß aber in einem demokratischen Staat verlangt werden. Die Polizei kann hier nicht Vollzugsorgan einer einseitigen Interessenvertretung sein. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen - insbesondere der für die Polizeifragen zuständige Innenminister - hat daher dem Lande und dem Parlament gegenüber die Verpflichtung, die Objektivität der Polizei zu garantieren und ihrerseits durchzugreifen, wenn sie diese Objektivität gefährdet sieht. Gerade Nordrhein-Westfalen, das nach einer Parole seines Ministerpräsidenten das "soziale Gewissen der Bundesrepublik" sein will, sollte sich besonders davor hüten, ein Polizeibüttelstaat zu werden, in dem die Arbeiter nichts und die Unternehmer alles zu sagen haben. Es muß daher verlangt werden, daß dem Emsdettener Prozeß gegen 13 streikende Arbeitnehmer eine Überprüfung durch die Landesregierung parallel geht, ob die von ihr gegebenen Richtlinien für die Polizei strikte eingehalten worden sind. Gerade an einem solchen konkreten Beispiel muß sich erweisen, wes Geistes Kind die Minister und der Ministerpräsident sind. Sollte es sich bei der öffentlichen Untersuchung ergeben, daß man im Regierungsbezirk Münster bei der Polizei glaubt, etwa im Jahre 1910 zu leben, dann wäre es höchste Zeit, daß die Landesregierung dort nach dem Rechten sieht und für den Einzug eines Geistes Sorge trägt, der in etwa dem Jahre 1953 entspricht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rauau